



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Annette Karl, Natascha Kohlen, Andreas Lotte, Bernhard Roos SPD**

EU-Förderung für den Bau und Erhalt von Kernkraftwerken verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene umgehend gegen jegliche Förderung von Atomenergie im Rahmen der europäischen Investitionsoffensive einzusetzen. Es dürfen keine EU-Fördermittel aus dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen in den Erhalt und Ausbau von Atomenergie fließen. Atomenergie darf nicht weiter durch Steuergelder bzw. öffentliche Mittel finanziert werden.

Begründung:

Um die stagnierende Konjunktur in der Europäischen Union wieder anzukurbeln, hat sich die Europäische Kommission Ende letzten Jahres für eine groß angelegte Investitionsoffensive entschieden. Mit Hilfe der 21 Mrd. Euro aus dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen sollen letztendlich wichtige Wachstumsprojekte mit einem Investitionsvolumen von 315 Mrd. Euro angestoßen werden. Ein Hauptaugenmerk der Europäischen Union liegt auf Investitionen in den Ausbau strategischer Infrastrukturen, hierzu ist auch der Energiemarkt zu zählen.

Für eine Förderung im Rahmen der europäischen Investitionsoffensive wurden von den Mitgliedstaaten inzwischen rund 2.000 Projektvorschläge eingereicht. Darunter befinden sich auch Projekte zum Erhalt und Bau von Kernkraftwerken im Wert von rund 80 Mrd. Euro. Allein Großbritannien schlägt demnach Projekte für den Bau von drei neuen Atomkraftwerken vor, darunter das umstrittene Bauprojekt Hinkley Point C. Polen möchte mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen den Bau von zwei Atomkraftwerken und damit seinen Einstieg in die Nuklearenergie finanzieren. Weitere Projektvorschläge zur Förderung der Atomenergie liegen aus Tschechien, der Slowakei, Rumänien und Lettland vor.

Die Entscheidung, welche Projekte tatsächlich durch Mittel aus dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen gefördert werden, soll Mitte dieses Jahres fallen. Daher wird die Staatsregierung aufgefordert, sich umgehend über den Bund dafür einzusetzen, dass keines der vorgeschlagenen Atomenergieprojekte in die Liste der Vorhaben aufgenommen wird, die tatsächlich mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen unterstützt werden. Atomenergie darf nicht weiter durch Steuergelder bzw. öffentliche Mittel finanziert werden.